

Interpellation

Verhinderung von Femiziden mittels elektronischem Monitoring

Die Hälfte aller Femizide geschieht während oder nach einer Trennung. Zwar unterscheiden sich die Täter in ihrem Profil, doch eines haben sie gemeinsam: ihr Geschlecht. In 89,9 Prozent der Tötungsdelikte innerhalb einer Partnerschaft ist der Täter ein Mann, in 86,8 Prozent der Fälle ist das Opfer eine Frau. Wie der Bote der Urschweiz am 23. August 2025 berichtete, ereignet sich ein Drittel aller Partnertötungen im Verlauf einer Trennung, in rund 20 Prozent der Fälle tötet der Mann nach dem Ende einer Beziehung. Eine Trennung stellt somit für Frauen einen besonders heiklen Zeitpunkt dar, das Risiko einer Gewalttat ist in dieser Phase extrem hoch.

Ein Blick nach Spanien zeigt, dass ein umfassendes Programm zum Schutz vor häuslicher Gewalt Wirkung zeigt. Zwar werden dort ähnlich viele Femizide verzeichnet wie in der Schweiz, doch Spanien hat fünfmal so viele Einwohner.

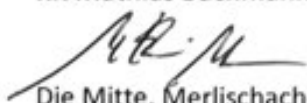
Spanien hat das Programm «Cometa» eingeführt, bei dem Gewalttäter engmaschig elektronisch überwacht werden. Das System löst Alarm aus, sobald ein Gefährder die vom Gericht festgelegte Distanz zur bedrohten Frau unterschreitet. Neben den betroffenen Personen wird auch die Polizei sofort informiert und wenn nötig aufgeboten. Auch in Zürich wird das elektronische Monitoring getestet. Ob solche Massnahmen schweizweit eingeführt werden, liegt in der Verantwortung der Kantone.

Ein wirksamer Schutz von Frauen setzt voraus, dass die Behörden konsequent handeln und moderne Technologien nutzen. Elektronisches Monitoring kann Leben retten, weil es im entscheidenden Moment eine sofortige Reaktion ermöglicht. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was unternimmt der Kanton Schwyz allgemein, um Femizide zu verhindern?
2. Wie steht der Regierungsrat zur Etablierung eines analogen Programmes «Cometa»?
3. Kann er sich die Etablierung eines eigenen Programmes vorstellen?
 - a. Wie schätzt er die Kosten für den Aufbau eines solchen Programmes ein?
 - b. Welche personellen Ressourcen benötigt ein solches Programm «im Betrieb»?
4. Kann er sich eine Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Kanton, z.B. Zürich, vorstellen?
 - c. Welche Synergien wären praxistauglich und realistisch?
 - d. Welche Aufbau- und Personalressourcen könnten durch eine interkantonale Zusammenarbeit eingespart werden?
 - e. Sieht der Regierungsrat die bestehenden rechtlichen Grundlagen für eine überkantonale Zusammenarbeit als genügend (Stichwort «Datenschutz»)?
 - f. Auf welchem politischen Weg könnte eine solchen Zusammenarbeit initiiert und umgesetzt werden?

Für die Beantwortung unserer Fragen danken wir Ihnen herzlich.

KR Mathias Bachmann



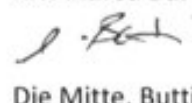
Die Mitte, Merlischachen

KR Bruno Beeler



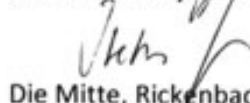
Die Mitte, Goldau

KR Andrea Burtschi



Die Mitte, Buttikon

KR Irene Huwyler Gwerder



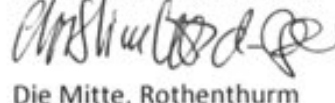
Die Mitte, Rickenbach

KR Stefan Langenauer



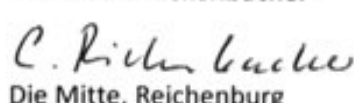
Die Mitte, Wollerau

KR Christine Lüönd-Voser



Die Mitte, Rothenthurm

KR Claudia Rickenbacher



Die Mitte, Reichenburg

KR Carla Wernli-Crameri



Die Mitte, Altendorf

KR Anni Zehnder-Nussbaumer



Die Mitte, Einsiedeln